

also auf größere Freizügigkeit auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker hingearbeitet wird. Diese Bemühungen entsprechen, obschon zunächst einmal nur auf die eigene europäische Region abgestellt, durchaus den globalen Zielvorstellungen der UNO-Charta. Sie sind überdies mit den Interessen der Völker in anderen Regionen weitgehend deckungsgleich.

Das gleiche gilt für das Eintreten der Bundesrepublik für ihre aus dem atlantischen Bündnisystem und ihrer Zugehörigkeit zu dem westeuropäischen Einigungswerk herrührenden Verpflichtungen und Leistungen. Verflechtungen mit Staaten, die in ihrer politischen Grundhaltung mit den friedlichen Zielen der Bundesrepublik übereinstimmen, sind nicht nur in der Charta zugelassen, sie haben darüber hinaus wesentlichen Anteil an der Konsolidierung und Erhaltung der Stabilität der Bundesrepublik gehabt. Sie müssen auch weiter als unverzichtbare Voraussetzung sowohl für ihre weiteren Bemühungen um echte Entspannung im europäischen Raum als auch für die Aufrechterhaltung ihrer Wirtschaftskraft und angemessener Leistungsfähigkeit angesehen werden, ohne die die Mitwirkung bei der Beseitigung wesentlicher Ursachen von Spannungen in Frage gestellt wäre.

Der unvoreingenommene Betrachter der Rolle der Bundesrepublik Deutschland in Europa oder auch im europäisch-atlantischen Bereich muß daher feststellen, daß sich ihre regionalen Zielsetzungen mit den globalen Verpflichtungen aus der UNO-Charta durchaus im Einklang befinden. Die Tatsache, daß beide Problemkreise nicht immer mit den gleichen Mitteln angepackt werden können, ergibt sich aus der Natur der Sache. Grundsätzliche Inkompatibilität der Verhaltensweisen könnte nur dann behauptet werden, wenn die nationalen oder regionalen Zielsetzungen an den tragenden Grundsätzen der Charta vorbeiliefen oder ihnen gar widersprächen. Die Politik der Bundesrepublik wird solchem Anschein nicht ausgesetzt sein, wenn sie von vorneherein ihre Grundsätze überzeugend darzulegen und in der Praxis glaubhaft anzuwenden versteht.

## II

Diesen Test der Glaubhaftigkeit wird die Bundesrepublik Deutschland als Vollmitglied über kurz oder lang auf verschiedenen Bühnen der Weltorganisation zu bestehen haben, die ihr bisher unzugänglich waren. Vor allem wird sie mit zur Zeit 134 anderen Mitgliedstaaten gemeinsam in der Generalversammlung auftreten. Hier wie eines Tages in den übrigen Hauptorganen der UNO — Sicherheitsrat oder Wirtschafts- und Sozialrat — wird sie vor der Weltöffentlichkeit ihre Politik insgesamt und bei Einzelentscheidungen zu begründen haben. Ihrer bisherigen, vorwiegend europa-orientierten Rolle wird also eine sichtbare globale Dimension hinzugefügt, die in vielfacher Hinsicht, insbesondere aber sicherheitspolitisch, Zündstoff enthält. Die anhaltende Nahost-Krise, der nicht bereinigte Zypern-Konflikt oder die Lage im südlichen Afrika sind nur einige, besonders deutliche Beispiele für akute Instabilitäten im internationalen System. Angesichts der wachsenden Interdependenzen in einer kleiner werdenden Welt können sie auch schwerwiegende Rückwirkungen auf die Stabilität in der europäischen Region haben. Die Bundesrepublik wird vor solchen Gefahren weder die Augen verschließen dürfen noch sich der Stellungnahme in dieser oder jener Richtung enthalten können. Von vielen Staaten in der Welt, aber auch wohl von Teilen der deutschen Öffentlichkeit wird erwartet, daß die Bundesrepublik Deutschland bei den Debatten und Abstimmungen in der UNO über die großen Probleme der Weltpolitik Farbe bekennet.

Zu dieser Problemkategorie gehört allerdings nicht die Deutschlandfrage. Auch schon vor dem Abschluß der Ostverträge der siebziger Jahre wurde sie von der Mehrheit der UNO-Mitgliedstaaten entweder als unlösbar, als bereits gelöst oder doch als ungeeignet für UNO-Debatten angesehen.

# Zum Tag der Vereinten Nationen

Bundeskanzler Willy Brandt

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!**

**Morgen ist der Tag der Vereinten Nationen. Wir begehen ihn erstmals als Mitglied der Weltorganisation.**

**Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat diesen Tag zum »Weltinformationstag für Entwicklung« erklärt. Wir nehmen seinen Aufruf ernst, die Öffentlichkeit an die Not in vielen Ländern Afrikas, Lateinamerikas, Asiens zu erinnern.**

**Die letzten Wochen haben uns eindringlich gezeigt, wie friedlos unsere Welt noch immer ist. Die Vernunft scheint sich im Nahen Osten durchzusetzen, auch wenn die Waffen heute noch nicht völlig schweigen. Die Großmächte haben sich ihrer Verantwortung nicht entzogen.**

**Die Resolution des Sicherheitsrats, die durch die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion möglich wurde, kann den Weg zu realistischen Verhandlungen und damit zu nüchterner Friedensarbeit öffnen. Das kann ermutigend genannt werden, auch wenn man sich fragen muß, ob es erst den Tod so vieler Menschen brauchte, um der Vernunft den Weg zu ebnen.**

**Aber nicht allein der Krieg tötet sinnlos. Nur: der Tod durch Hunger und Krankheit macht keine Schlagzeilen. Millionen sterben oder sie ertragen, was nur Zyniker als menschenwürdiges Leben bezeichnen können.**

**Unzählige haben ein jährliches Einkommen, das kaum der Kraftfahrzeugsteuer für einen Volkswagen entspricht. Ihnen fehlt es an Nahrung, Kleidung, Bildung und jeder sozialen Sicherung. Vor allem brauchen sie Arbeit, um sich selbst aus der Armut zu helfen. Wenn ein arbeitsloser Analphabet heute in vielen Ländern im Alter auf die Barmherzigkeit seiner Kinder angewiesen ist, so erscheint ihm Familienplanung als blanker Hohn.**

**Es ist die Armut, die die Bevölkerungsexplosion verursacht. Sie wiederum kann das Elend nur vermehren. Dieser Teufelskreis muß — auch in unserem eigenen Interesse — durchbrochen werden.**

**Entwicklungshilfe, so meine ich, ist kein Almosen der Reichen. Entwicklungspolitik ist das Instrument, die Güter gerechter zu verteilen. Das ist nichts anderes als die Ausweitung der Solidarität, zu der wir zu Hause den sozial Schwächeren gegenüber verpflichtet sind. Unsere Mitverantwortung darf keine staatlichen oder geographischen Grenzen kennen.**

**In einem demokratischen Staat kann auch für die Dritte Welt nur das getan werden, was der Bürger billigt. Doch in kaum einem anderen Bereich der Politik sitzen Vorurteile so tief wie in unseren Beziehungen zur Dritten Welt.**

**Solange wir über die Tiere Afrikas mehr wissen als über seine Menschen, wird es uns kaum gelingen, unseren Beitrag für die Zukunft dieser Menschen zu leisten.**

**Ich appelliere an jeden Mitbürger, den Problemen der Entwicklungswelt mehr tätige Aufmerksamkeit zu schenken. Sie braucht unsere Solidarität nicht nur im Wort.**